Nr. 2233. Dienstag, 12. Januar. (Abend-Ausgabe.) 1864.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhdlg.

Danziger Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Den Geh. Rechnungs-Rath im Ministerium des K. Hauses und ersten Tresorier Geiling, unter Belassung in dieser Stellung, zugleich zum Verwalter und Rendanten Allerhöchst Ihrer Schatulle zu ernennen; so wie dem Geh. expedirenden Secretair Merten, dem Geh. Registrator Vormeng und dem Geh. expedirenden Secretair Oertel, sämmtlich vom Handels-Ministerium, den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen 9½ Uhr Vormittags.

London, 11. Januar. Hambro et Son werden hier eine fünfprozentige dänische Anleihe auflegen; Betrag 1,200,000 Pfd. Sterl.; Emissions-Cours 93.

Angekommen 10 Uhr Vormittags.

Altona, 12. Januar. Das Schloß Gottorp (bei Schleswig) muß von seinen jetzigen Bewohnern, unter denen mehrere Offizierfamilien, binnen 24 Stunden geräumt werden, weil die schleswigische Regierung dahin verlegt werden soll. Es heißt, der König und die Königin würden eventuell dort ihre Residenz nehmen.

Die „Flensburger Zeitung" meldet gerüchtsweise aus Flensburg von gestern, daß die dortige Augustenburger Partei eine Huldigungsadresse an den Herzog Friedrich nach Kiel gesandt habe.

Angekommen 12 Uhr Mittags.

Hannover, 12. Jan. Der Minister Hammerstein eröffnete der zur Ueberreichung einer Adresse der am 10. Januar c. stattgehabten Landesversammlung empfangenen Deputation, es sei bekannt, wie sehr der König sich für die Herzogthümer Schleswig-Holstein interessire. Der König wolle aber der Entscheidung des Bundes durch irgend welche Erklärungen nicht vorgreifen. Positive Erklärungen über die Absichten des Königs und der Regierung verweigerte der Minister und bemerkte, es sei kein Anlaß vorhanden, die Antwort des Königs ungünstig aufzufassen.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hannover, 11. Januar. Der König hat den Empfang der Deputation, welche die Adresse der gestrigen Landesversammlung überreichen sollte, abgelehnt. Die Adresse wird dem Ministerium übergeben werden.

Die „Neue Hannöversche Zeitung" theilt mit, daß die Räumung des Rendsburger Kronwerkes Seitens der Executionsbehörden nicht verlangt werde; die Grenze sei streitig und der General Hake nicht berechtigt, über die Streitfrage zu entscheiden. Die Aufgabe der Executionstruppen sei erreicht.

Landtags-Verhandlungen.

24. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

Präsident: Grabow Die Tribünen sind dicht besetzt. Neben Herrn v. d. Heydt haben die wiedergewählten Abgg. Dr. Wantrup und Romahn Platz genommen.

Die Abgg. v. d. Heydt und Genossen beantragen folgende Verfassungsänderung:

§ 1, Art. 78, Alin. 2 der Verfassungs-Urkunde wird dahin abgeändert: Staatsbeamte bedürfen zum Eintritt in das Haus der Abgeordneten des Urlaubs ihres vorgesetzten Departements-Chefs. § 2, Art. 85 (betr. Zahlung der Diäten) der Verfassungs-Urkunde ist aufgehoben.

Das Haus wird den Antrag durch eine Schlußberathung erledigen. Zu Referenten ernennt der Präsident die Abgg. Simson und Virchow.

Die bereits erwähnte Vorlage, betreffend die Danzig-Neufahrwasser Eisenbahn, so wie eine gleiche von Berlin nach Küstrin werden der Commission für Eisenbahnwesen überwiesen.

Auf die Interpellation der Abgg. v. Hoverbeck und Schmiedicke, betr. die Grenzverletzungen, giebt der Minister des Innern die bereits gestern mitgetheilte kurze Antwort, daß Preußen Genugthuung gefordert habe.

Die Abgg. Virchow und Genossen haben folgende Interpellation eingebracht: „Die dänische Novemberverfassung ist mit Neujahr in Kraft getreten und dadurch Schleswig incorporirt; entsagte Preußen in Folge dessen dem londoner Vertrage? oder hält die Regierung die Erhaltung des Gesammtstaates Dänemark fortdauernd für ein preußisches Interesse?"

Minister-Präsident: Ich werde die Interpellation beantworten, sobald das Haus über den von der Staatsregierung gestellten Antrag auf die Bewilligung der Anleihe von 12 Millionen Beschluß gefaßt hat.

Präsident Grabow: Die Staatsregierung habe einen bestimmten Tag zu bezeichnen; die Erklärung, die man so eben gehört, sei conditionell. Es scheine, als ob die Antwort influenzirt werden solle von dem Beschlusse des Hauses. Vielleicht wolle die Regierung durch zeitigen Schluß des Landtages sich der Beantwortung der Interpellation überhaupt entziehen. Aus diesem Grunde müsse er nach § 29 der Geschäftsordnung die Antwort des Herrn Ministers als eine ablehnende bezeichnen. Für diesen Fall habe das Haus die Verpflichtung, auf Antrag von 50 Mitgliedern in eine Discussion einzutreten.

Abg. Immermann stellt einen solchen Antrag.

Der Ministerpräsident erklärt, seine Antwort sei keine Ablehnung, sondern er stelle den Tag dahin fest, daß die Antwort nach dem Beschluß des Hauses über die Anleihe gegeben werden solle.

Abg. v. Hoverbeck: Er halte diese Antwort höchstens für einen erträglich guten Witz; aber das sei nicht die Art, Fragen von solcher Bedeutung in diesem Hause zu behandeln.

Die Discussion wird mit großer Majorität beschlossen und erhält das Wort der Abg. Virchow: Es sei endlich Zeit, daß im Lande die Ueberzeugung festgestellt werde, wohin denn eigentlich die Intentionen der Regierung gingen. Aus allen bisherigen Aeußerungen des Minister-Präsidenten gehe hervor, daß das Steuer des Staatsschiffs vollständig unsicher geführt werde, man habe offenbar in der Politik noch gar keine feste Position genommen; der Grund sei vielleicht der, weil man sich nicht getraue, bei der Unsicherheit im Innern fest nach Außen aufzutreten. Die Regierung könne gegenwärtig unmöglich mehr darüber im Zweifel sein, daß die einzige mögliche Lösung die Abtrennung der Herzogthümer sei. Zweierlei Gesichtspunkte schieben sich fortwährend durcheinander, — das preußische und das deutsche Interesse. Wie weit aber reiche das Recht des Ministerpräsidenten, das preußische vom deutschen Interesse zu trennen? In anderen großen Staaten gebe es überall eine fortlaufende, traditionelle Politik, welche alle Regierungen, welcher Partei sie auch angehören mögen, verfolgen und verfolgen müssen Eine bestimmte Politik sei denn doch auch bei uns bisher erkennbar gewesen. In allen nordischen Fragen hatten die Hohenzollern stets eine Politik befolgt, welche mit dem deutschen Interesse vollständig zusammenfiel Es sei seit den Zeiten des großen Kurfürsten ganz klar erkennbar stets dahin getrachtet worden, die norddeutsche Halbinsel nicht in den Händen einer großen nordischen Macht zu belassen. Diese Politik habe man als preußische und als deutsche stets ganz offen verfolgt. Von dieser ehrlichen Politik des großen Kurfürsten sei aber die des Ministerpräsidenten sehr weit entfernt. Es sei der Hauptfehler unserer Politik, daß sie ihr Interesse nicht auf das Engste zu verknüpfen verstehe mit dem deutschen Interesse, daß sie sich isolire und nur auf den Standpunkt einer selbstständigen europäischen Großmacht stelle. Deutschland habe aber ein ganz besonderes Interesse z. B. an der Erledigung der russischen Successions-Frage. Diese Theile Deutschlands seien der Schlüssel zu demselben; sie seien nothwendig für uns, wenn wir uns einer dauernden Ruhe der Ostseeländer erfreuen wollten Möglich, daß der Minister-Präsident an irgend eine kleine preußische Spezial-Politik denkt, daß er irgend einen kleinen territorialen Zuwachs für Preußen im Auge hat, aber das wäre mit einem großen Schaden für ganz Deutschland verbunden. Alles das könne das Land nur auf den Wunsch zurückbringen, daß Preußen sich lieber ganz aus dieser Frage zurückziehe. Für die bisher getriebene Politik könne man keine nationale Begeisterung hoffen. Der Ministerpräsident habe eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Sage doch die Regierung offen, daß sie die Herzogthümer im Stiche lassen wolle, oder thue sie energische Schritte zu ihrem Schutze. Dieses Ermuthigen durch anscheinende Protection mit der Absicht der Uebergabe an Dänemark im Hintergrunde, die beabsichtigte Occupation von Schleswig mit dem Zwecke, das Land dem Landesfeinde zu erhalten, sei das Allerverderblichste. Die gesunde Politik und das richtige Gefühl gehen Hand in Hand, und die Gebote der Menschlichkeit zu hören, welche jetzt aus Schleswig so laut zu uns sprechen, dürfe auch ein Staatsmann sich zur Pflicht rechnen.

Abg. Twesten: Aus Allem, was die Regierung gethan habe, gehe unzweideutig hervor, daß sie eine andere Politik verfolge, als das Abgeordnetenhaus wünsche; deßhalb sei es ungerechtfertigt, zuerst eine Bewilligung der Anleihe zu fordern und nach dieser Bewilligung Eröffnungen über die Wege, die das Ministerium gehen wolle, in Aussicht zu stellen. Das Abgeordnetenhaus sei in sich darüber einig, daß die Pflicht und das Interesse Preußens auf das Dringendste geböten, die Herzogthümer von Dänemark zu trennen, leider aber könne man sich der Befürchtung nicht verschließen, daß die Politik des Ministerpräsidenten sich darauf richte, die Herzogthümer bei Dänemark zu erhalten. In Schleswig sei man überzeugt, daß der Schutz, der den Herzogthümern aus dem Festhalten an den Vereinbarungen von 1851 und aus dem damit verbundenen Londoner Protokoll erwachse, ein vollkommen illusorischer sei und daß die Politik, die sich in dieser Richtung bewege, nur zur Unterdrückung der Herzogthümer führen werde. Aus allen Schritten aber, die Preußen und Oesterreich am Bunde gethan, gehe ganz klar hervor, daß sie an dem Londoner Protokoll festhalten wollen. Der Ministerpräsident habe zwar gesagt, daß dieses Protokoll für ihn nicht verbindlich sein solle, wenn die Einführung der neuen Verfassung für Dänemark und Schleswig Thatsache geworden und der Vertragsbruch der Dänen constatirt sei, aber mittlerweile habe Preußen und Oesterreich im Verein mit den Gesandten der übrigen Mächte in Kopenhagen nach Kräften dahin gearbeitet, die neue Verfassung nicht in Kraft treten zu lassen, um die Lossagung vom Londoner Protokoll umgehen zu können. Wenn Preußen und Oesterreich die Occupation Schleswigs beantragt hätten, so ließe sich daraus nur entnehmen, daß sie das Herzogthum occupiren möchten, um es schließlich den Dänen zu überliefern und daß sie mit dieser Occupation nur die ferneren Beschlüsse des Bundes zu Gunsten der Herzogthümer abschneiden wollten. Wenn im Uebrigen der Ministerpräsident darauf hingewiesen habe, daß bei einem festen und entschiedenen Eintreten für die Rechte der Herzogthümer ein europäischer Krieg in Aussicht stände, so müsse man darauf entgegnen, daß nicht minder schwere Complicationen auch dann in Aussicht zu nehmen, wenn Schleswig mit dem Vorbehalt, den Dänen ausgeliefert zu werden, occupirt würde. Der Ministerpräsident habe hier und an einem andern Orte die Erklärung abgegeben, daß er allein hohe Politik verstände und daß den Abgeordneten dies Verständniß abginge. Vielleicht aber würde er auf das Urtheil von Fachmännern etwas geben müssen. Z. B. habe Herr v. Usedom ausgeführt, daß kein menschlicher Verstand irgend einen Vortheil für Preußen entdecken könne, wenn das Londoner Protokoll angenommen würde. Aehnlich habe sich auch Herr v. Bunsen ausgesprochen. Herr v. Radowitz aber habe schon 1846 in einer Broschüre von der schleswig-holsteinischen Sache geurtheilt, daß vor dieser großen Nationalsache alle Parteien zurückträten, daß Katholiken und Protestanten, Clericale und Reactionäre, Nord- und Süddeutsche in wunderbarster Weise einer Meinung wären. Und jetzt in diesem Augenblicke sehe man, wie die Ansicht, daß nur eine Trennung der Herzogthümer von Dänemark den Interessen Preußens entspreche, gerade von Männern, die in den Fragen der Politik Erfahrung besäßen, gehegt und vertheidigt wurden. Auch könne man darauf verweisen, daß die Herren v. Beust und v. d. Pfordten, die der Ministerpräsident als Fachmänner und zwar als sehr gewiegte Fachmänner wohl anerkennen werde, den Rechten der Herzogthümer sich günstig zeigten, und das seien außerdem Männer, die der in Preußen herrschenden Partei in ihren politischen Grundsätzen sonst nahe genug ständen. Die Sache sei ja ganz einfach, es gelte, einen deutschen Thron nicht umzustürzen, sondern aufzurichten, und Preußens Einfluß an der Eider zu befestigen. Wenn der Ministerpräsident auf europäische Verwickelungen hingewiesen habe, so müsse man bei dem Umstande, daß er mit Oesterreich fast alle deutschen Regierungen in dieser Frage gegen sich habe, doch auch ins Auge fassen dürfen, daß gerade seine Politik die allerdrohendsten Gefahren heraufbeschwöre, die Gefahren eines deutschen Bürgerkrieges, welcher der Einmischung des Auslandes Thür und Thor öffnen würde. Und wenn man ihn, den Ministerpräsidenten, der als der entschiedenste Feind Oesterreichs sich angekündigt habe, jetzt Hand in Hand mit Oesterreich sehe, dann habe man wohl Grund anzunehmen, daß dies im Interesse einer inneren Tendenz geschehen und zu Gunsten einer Partei, die von der nationalen Sache sich lossage, weil dieselbe zugleich die liberale sei. Die liberale Partei sei bereit, die inneren Fragen ruhen zu lassen, wenn das Ministerium die nationale Sache verfechten und seinerseits die innere Tendenzpolitik ruhen lassen wolle. Man möge der liberalen Partei aber keinen Vorwurf daraus machen, denn sie werde nach wie vor auf ihrem Standpunkt beharren, und der Regierung nicht in ein Chaos hinein folgen, dessen weitere Entwickelung sich nicht übersehen lasse. (Bravo!)

Es folgt die Debatte über den Militairetat pro 1864.

Baron v. Vaerst: Es erscheine fast unnöthig in der Angelegenheit noch das Wort zu nehmen. Die Reorganisation der Armee, als eine dauernde Veränderung des bisherigen gesetzlichen Zustandes des Heeres, ist gegen den Willen der Landesvertretung durchgeführt worden. Ungeachtet der Beschlüsse im Jahre 1862, wodurch die in Folge dieser Reorganisation erforderlichen Kosten ausdrücklich abgelehnt wurden, wird diese Reorganisation von der Königl. Staatsregierung noch ferner aufrecht erhalten. Die ganze Angelegenheit bedürfe der gesetzlichen Regelung ebenso sehr im Interesse des Landes, als der Regierungen; da dieselbe nicht erfolgt, habe die Commission nicht anders verfahren können, wie geschehen; hätte sie anders gehandelt, würde sie die Reorganisation legal gemacht haben, und hierzu sei sie weder berechtigt noch berufen. In ihren Beschlüssen glaube sie eben so sehr die Wohlfahrt des Vaterlandes wie die verfassungsmäßigen Rechte des Landes gewahrt zu haben.

Abg. Graf v. Schwerin: Er sehe die Frage der Reorganisation der Armee anders an, wie die Majorität; Es werde durch dieselbe der Staat nicht überlastet, die Steuerkraft nicht vermehrt werden. Die Jahreseinnahmen haben Ueberschüsse gewährt, das Defizit habe sich vermindert; mit dem Jahr 1865 würden die finanziellen Verhältnisse sich noch günstiger gestalten, da dann die Einnahmen aus der Grund- und Haussteuer fließen werden. — Allerdings könne er nicht umhin, zuzugestehen, daß die Momente, welche die negative Haltung der Majorität bedingen, nicht ohne Berechtigung seien. Er habe beklagt, daß die Regierung den Wünschen der Landesvertretung auf Vorlage eines Militärgesetzes nicht nachgekommen sei. Es sei aber nicht zu billigen, wenn davon abhängig gemacht sei die Bewilligung der erforderlichen Gelder. Er beklage den obwaltenden schweren Conflict, der alle Verhältnisse des Landes vergifte, und glaube, daß um diesen Preis die Regierung wohl hätte nachgeben, auf die ihr vorgeschlagene Basis wohl eine Vereinigung hätte erzielen können und den schweren Verfassungsconflict ausgleichen. Leider sei dies nicht geschehen, man sei dem Hause von Seiten der Regierung nicht entgegen gekommen. Dennoch könne er und seine Freunde den Anträgen der Commission nicht beistimmen, wenn er aber für die Bewilligung der Summen jetzt stimme, so behalte er für sich und seine Freunde das Recht sich vor, später auch für diejenigen Modificationen zu stimmen, die er als nothwendig erachte.

Abg. Jung: Er wolle nicht ausführlich auf Widerlegung des Vorredners eingehen. Die Zweckmäßigkeit der Vorlage über die Heeresreorganisation zu prüfen, sei die Budgetcommission nicht competent gewesen. Die Budgetcommission habe nur den Rechtszustand herzustellen gehabt; dies sei geschehen. Dazu habe es aber der Beachtung der finanziellen Verhältnisse gar nicht bedurft. Dieselben seien in der That auch gar nicht so glänzend, wie angegeben, und um nachzuweisen, daß die Mittel für die Reorganisation vorhanden, seien wichtige Ausgaben für die Landes-Vertheidigung auf ein Minimum herabgesetzt, und andere Etats seien so mager und dürftig ausgestattet, daß das Haus, wenn dasselbe es verfassungsmäßig gekonnt, dieselben gern höher dotirt hätte. Wieder nun werde dem Hause die Kriegsgefahr vorgehalten, die seit dem Jahre 1858 schon so viele Millionen aus dem Seckel geleckt hätte, es frage sich denn doch aber, welche Gefahr größer für das Land sei, die ihm von außen drohende, oder die durch ein Ministerium, welches die Verfassung nicht

spiel. (Beifall.) Wir wollen nur das Recht des Hauses wahren, daß kein Gesetz erlassen werden könne ohne Genehmigung der Vertreter des Volkes. Das Ministerium hat überall die Verfassung und das Recht gebrochen, nur von einem Recht hat dasselbe reichlichen Gebrauch gemacht, von dem der Auflösung des Hauses. Zum dritten Male sei an das Volk appellirt, es sei demnach nun wohl anzunehmen, daß dies Haus jetzt nur den wahren spiritus rectificatus des preußischen Volkes enthalte. (Heiterkeit.) Das Ministerium habe ja selbst erklärt, es habe durch die Preßordonnanz die Stimmung des Landes bessern wollen und es sei ihm sehr gut gelungen; es wird dasselbe also wohl zugeben müssen, daß die gegenwärtigen Vertreter der wahre Ausdruck des Volkes sind. Diese so geläuterte Kammer oder die Budgetcommission derselben verwerfe nun wieder die Vorlage der Regierung und glaube damit nach bestem Gewissen ihre Arbeit gethan zu haben. Mit Ablehnung der Regierungsvorlage werde der Conflict nicht gelöst, die Frage schwebe ferner zwischen Himmel und Erde; solle denn dies nun so fortdauern, solle es so bleiben? Der Kaiser Nikolaus hat gesagt, er kenne nur Absolutismus oder Republik. Er sei Soldat gewesen, er habe nur „Rechts" und „Links" gekannt, hätte er aber auch den Constitutionalismus gekannt, was würde er da denn wohl zu unserem Ministerium gesagt haben, welches die constitutionelle Hülle nur trägt, um sie zu compromittiren. Kaiser Nikolaus würde gesagt haben: wenn man einen Eid bricht, so geschehe es auf einmal, aber nicht stückweise, ein Verfassungseid ist gebrochen, gleichviel ob eine Verfassung paragraphenweise oder auf ein Mal gebrochen wird. — „Man lege uns Gesetze vor, von den man weiß, daß sie verworfen werden, Gesetze, die den Stempel ihrer „Verworfenheit" an sich tragen. Wozu geschieht das denn noch, wenn man uns in anderen Fragen sagt: wir verstehen davon nichts." Nun, man braucht sich nicht auf diesen Standpunkt zu stellen, wir werden Gleiches doch nicht erwiedern, wenn wir uns auf den Standpunkt des Rechtes stellen. Entgegengesetzt könnten wir nun erwidern, davon verstehe das Ministerium nichts, dazu aber sind wir zu höflich. So wenig nun das Haus zu hoffen hat, daß das Ministerium einen andern Weg gehen wird, so hofft dasselbe doch auf die Beharrlichkeit des preußischen Volkes und es ruft demselben zu: auszuharren, es wird der Tag nicht mehr fern sein, wo man es wieder braucht und dann wird dasselbe durch kein Ministerium beschränkt werden.

Der Präsident ersucht den Abgeordneten um Zurücknahme des Ausdrucks „Verworfenheit". Der Abg. Jung erklärt, es sei ihm nur unwillkürlich ein Wortspiel mit untergelaufen, er habe damit ein Gesetz bezeichnen wollen, welches das Schicksal an der Stirn trage, vom Hause „verworfen zu werden".

Abg. v. d. Heydt (schwer verständlich) sucht das Verfahren der Regierung zu rechtfertigen. Wenn ein Verfassungsbruch begangen, so sei jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses an demselben mitschuldig, weil 1860 und 1861 die Reorganisation nicht gemißbilligt worden. (Bewegung.) Die Beschlüsse des Hauses von 1862 hätten nur den Zweck gehabt, die Regierung zu einem Compromiß zu zwingen. Man wollte nicht die Auflösung der Reorganisation, sondern einige Modificationen (zweijährige Dienstzeit ꝛc.). Die Regierung könne auf die Absetzungen der Commission nicht eingehen. Man möge alle extremen Schritte vermeiden.

Abg. Twesten erinnert an den Brief des früheren Ministers v. d. Heydt an den Kriegsminister v. Roon, in welchem jener ganz andere Ansichten ausgesprochen habe, als dieser heute vertrete. Der Minister v. d. Heydt habe früher mit Sorge auf die Möglichkeit hingedeutet, daß die Regierung zu Schritten gedrängt werden könnte, welche nicht in der Verfassung ihre Basis hätten; heute aber billige der Abgeordnete v. d. Heydt Acte der Regierung, welche geradezu durch die Verfassung ausgeschlossen und verboten seien. Als Minister habe Herr v. d. Heydt es für unthunlich erachtet, ohne feststehendes Budget zu regieren und deßhalb seinen Posten aufgegeben; gegenwärtig aber erkläre der Abgeordnete v. d. Heydt die budgetlose Regierung für gerechtfertigt. Solche Wechsel dürften freilich bei dem Herrn nicht überraschen. Er wisse nicht, was er von einem Manne denken solle, der doch mit den Verhältnissen so genau bekannt sei und dennoch die Behauptung aufgestellt habe, daß das Abgeordnetenhaus die Reorganisation angenommen habe. Dies sei doch eine weltbekannte offenbare Unrichtigkeit. Der Abg. Graf Schwerin habe den Wunsch ausgesprochen, in Berücksichtigung der Zeit-Umstände die Mehr-Kosten zu bewilligen.

Die Regierung verlange ja aber die Bewilligung gar nicht aus den Zeitumständen heraus, sondern auf Grund der Reorganisation, gleichsam als ob dieselbe schon zu Recht bestehe. Es seien aber bei der vorliegenden Frage keineswegs die finanziellen und die technischen Bedenken, welche ins Gewicht fallen, maßgebend sei hierbei die Verfassungsfrage. Es sei ja im Hause hinlänglich bekannt, welche Rolle er persönlich in der Session von 1862 der Reorganisationsfrage gegenüber gespielt habe. Als er geglaubt habe, eine Vermittelung sei möglich, da seien es aber auch nicht finanzielle oder technische Rücksichten gewesen, die ihn geleitet hätten, es sei die Rettung des Verfassungsstaates gewesen, die er im Auge gehabt. Wie damals würde auch jetzt die Regierung sich unzweifelhaft für die Armee entscheiden. Ja, die Verfassung habe schon jetzt nicht den mindesten Werth mehr. Man erlasse ohne alle Veranlassung Verordnungen mit Gesetzeskraft, man handhabe den Staatshaushalt ohne alle Rücksicht auf die Beschlüsse der Landes-Vertretung, man erkenne keinen anderen Maßstab an, als die eigene Beurtheilung! Nun, das Haus an seinem Theile dürfe die Hand dazu nicht bieten, es dürfe und könne es nicht ruhig hinnehmen, aus einer beschließenden in eine berathende Versammlung verwandelt zu werden. „Die Regierung hat sich für die Armee entschieden, wir für die Verfassung. Wir sind durch frühere Beschlüsse bereits gebunden, und diese Beschlüsse sind unser Recht. Ich kann Sie daher nur bitten, den Beschlüssen der Kommission beizutreten. Mag nun kommen, was da wolle; — schlimmer als es jetzt schon ist, kann's nicht werden!"

Kriegsminister v. Roon: Durch seine amtliche Stellung sei er allerdings genöthigt, das Wort zu nehmen. Unmöglich aber könne er sich auf eine Widerlegung der Aeußerungen einlassen, die gegen die Regierung gefallen, auch glaube er, werde ihn das Haus davon dispensiren, daß er sich gegen die Vorwürfe des Abg. Jung vertheidige. Jeder Billigdenkende werde begreifen, daß ihm gleiche Waffen nicht zu Gebote ständen; in der Art der Höflichkeit, die der Abgeordnete Jung für sich und seine Partei in Anspruch zu nehmen scheine, sei er fremd. Da die Majorität gegen die Regierung eine so übermächtige, so sei jeder Einspruch von vornherein vergeblich. Er wolle übrigens in die Worte, die er zu sprechen wünsche, keine Herausforderung gelegt wissen, denn die vorige Session habe gezeigt, daß sehr leicht Conflicte provocirt werden könnten, die für das Haus wie für die Regierung gleich nachtheilig wären. Also schlecht und recht, ohne die Absicht zu verletzen und zu kränken, lediglich um seines Gewissens willen, wolle er seine Worte an das Haus gerichtet haben. Er glaube, daß es kein Gemeinplatz sei, wenn er sage: die Selbsterhaltung sei ein Naturgesetz für die Individuen, in Bezug auf den Staat aber sei sie eine sittliche Pflicht. Wenn dem aber so sei, so sei die Ausführung von Beschlüssen, welche dieser Pflicht entgegenliefen, eine moralische Unmöglichkeit. Man mache der Regierung zum Vorwurf, daß sie die Armee-Reorganisation aufrecht erhalte und diesen Vorwurf mache man in einem Augenblick, wo diese Reorganisation zum ersten Male ihren großen Segen entfalte (Unruhe und Widerspruch), wo für Preußen die Entwickelung großer militairischer Kräfte nothwendig sei, wo an einen Conflict mit den großen Militairmächten gedacht werden müsse. Man spreche den Wunsch aus, daß die Reorganisation rückgängig gemacht werde, aber die Regierung würde, wenn sie dies thäte, eines schweren Vergehens gegen die Sicherheit des Landes sich schuldig machen. Die Majorität treibe Tendenzpolitik mit ihren Beschlüssen. Sie wolle die Minister zum Rücktritt nöthigen und fasse dabei Beschlüsse gegen die Sicherheit des Landes. Sie wolle aber nicht bloß den Sturz der Minister, sondern sie wolle auch die äußere Politik vorschreiben. In beiden Beziehungen strebe sie einen Einfluß an, der die Verfassung verletze. Denn nach der Verfassung stehe dem Könige die Wahl seiner Räthe frei. Das sei die Verfassung bedrohend, eben so, wenn die Majorität die Bewilligung einer Anleihe davon abhängig machen wolle, daß die Regierung die Politik befolge, die von der Majorität empfohlen werde.

Die Majorität wolle endlich das Budget verstümmeln, ehe das Haus über das Reorganisationsgesetz schlüssig geworden. Sie sei dabei freilich in ihrem formalen Rechte; aber ehe er, der Redner, Protest vor dem Lande einlege, erkläre er hier, daß er prinzipiell auf das Wort gegen die einzelnen Absetzungen im Militäretat verzichte. Die Majorität spiele ein hohes aber sehr gefährliches Spiel; wolle sie dasselbe fortsetzen, wohlan, so möge sie es thun. (Bravo bei den Conservativen.)

Abg. v. Vincke (Olbendorf) wendet sich mit einigen Worten gegen den Kriegsminister und erhebt Einspruch gegen die Richtigkeit der Behauptung, daß die Politik der Majorität der Verfassung zuwider laufe. Wenn das Haus Gelder bewilligen solle, so müsse es auch über die Zwecke der Verwendung sich aussprechen dürfen.

Abg. Reichensperger: Es sei nicht gut, das Recht auf die Spitze zu stellen, noch weniger aber für den Standpunkt zulässig, daß man die ganze Verfassung in die Schanze schlagen wolle. Dies müsse er zurückweisen mit aller Energie seines Pflichtgefühls. Majorität wie Minorität solle sich der Schwierigkeit der Lage bewußt sein. Der Abg. Jung habe von Neunzehnteln der Nation gesprochen, man möge sich vor Ueberhebung hüten. (Redner vertieft sich nunmehr in die technischen Details der Reorganisations-Frage.

Abg. Graf Eulenburg: Er erkenne das formelle Recht des Hauses zu seiner Haltung an, aber dasselbe sei moralisch gebunden.

Abg. Gen. Stavenhagen: Als die ersten Anfänge der Reorganisation vor das Haus gekommen seien, da sei es vollständig zweifelhaft gewesen, ob etwas Dauerndes habe getroffen werden sollen. Ich für meinen Theil habe nicht die geringste Ahnung davon gehabt; es wäre auch nach den Worten des damaligen Ministerpräsidenten nicht zu ahnen gewesen, er habe damals gesagt: „M. H., wenn Sie uns solche Dinge unterschieben, so müssen Sie uns nicht für ehrliche Männer halten." Es sei hier auch von Verständigung die Rede gewesen; die könne aber nur zu Wege kommen, wenn von beiden Seiten etwas nachgegeben werde. Es brauche aber keiner weiteren Ausführung, daß die Regierung auf ihrem ursprünglichen Standpunkte starr beharre. Der Kriegsminister habe ungefähr gesagt, die Landesvertretung habe die Pflicht zu bewilligen, und kein Recht zu fragen, wozu. Das sei ihm unverständlich und unbegreiflich. Wenn also das Land eine Regierung vor sich habe, von der es sehe, daß sie einen Schritt thue, der offenbar zum Verderben des Landes führe, so müsse es dennoch dieser Regierung die Mittel bewilligen! Das gehe denn doch zu weit! Auffallend sei es ihm daß der Abg. v. d. Heydt, von dem er geglaubt habe und glauben müsse, daß er bei seinem Ausscheiden aus dem Ministerium sich von Hrn. v. Roon als feindlicher Bruder getrennt habe, mit demselben jetzt wieder so gemüthlich Arm in Arm wandele. Der Herr Kriegsminister habe ferner von der ersten Pflicht des Individuums wie der Staaten, von der Pflicht der Selbsterhaltung gesprochen; wenn man aber bei jeder kleinen Gelegenheit, wenn ein Anderer ein schiefes Gesicht schneidet, sogleich sein Leben in Gefahr glaubt, so ist das ja eine ganz subjective, willkürliche Annahme. Es ist immer die alte Geschichte! (Heiterkeit.)

Die Behauptungen von den positiven Vortheilen der Reorganisation seien schon so oft und so gründlich widerlegt worden, daß er sich damit nicht befassen wolle, nur das wolle er anführen, und es könne das nicht genug betont werden, daß der gerühmte Vortheil der Schonung der älteren Jahrgänge durchaus nicht das Geringste mit der Reorganisation zu thun habe; wenn Alles in der alten Ordnung, in der alten Landwehrverfassung geblieben wäre, und man hätte nach Verkürzung der Dienstzeit jährlich statt 40,000 Mann 60,000 ausgehoben, so würde eine frühere Außerdienststellung ganz von selbst ohne die übrige Reorganisation sich ergeben haben. Denen aber, die einmal eingezogen wären, sei es dann ganz egal, ob sie zur Linie oder zur Landwehr eingezogen seien; das sei eine ganz gleichgiltige Sache. „Der Herr Kriegsminister hat uns ferner vorgeworfen, daß wir Tendenz-Politik treiben, daß wir das Ministerium um jeden Preis, selbst mit Gefahr des Vaterlandes stürzen wollten. Ja, wir wollen das Ministerium stürzen, aber wir wollen das den Staat nicht entgelten lassen, wir glauben sogar, daß das dem Staate nützlich sein wird. Das ist unsere Tendenz, und ich bemerke dabei schließlich, daß es dabei ganz gleichgiltig ist, ob es sich um den Militair-Etat oder irgend einen andern Etat handelt."

Abg. Schulze (Berlin): Die ganze Ansprache des Kriegsministers sei in Haltung und Ausdruck für das Land berechnet gewesen. Er wolle nur bemerken, das Haus berathe einen Friedensetat für die Militär-Verfassung, aber nicht die besonderen Kriegseventualitäten, die vielleicht eintreten könnten. Es sei gesagt, man bedürfe eines großen Heeres zu Demonstrationen; diejenigen Demonstrationen, welche seit 1859 gemacht worden, hätten dem Lande denn doch gar keinen Vortheil gewährt. Das Staats-Ministerium nehme einen Standpunkt ein, der das ganze Staatsleben der subjectiven Willkür preisgebe. Ungesetzlichkeit und Willkür seien das Unheilvollste für die Wohlfahrt des Landes, und der von dem Ministerium eingeschlagene Weg der unheilvollste. Redner citirt nun die früheren Beschlüsse des Hauses in dieser Sache und fährt dann fort: Der Kriegsminister erklärt, wir treiben, indem wir unseren früheren Beschlüssen treu bleiben, ein hohes Spiel, und warnt davor. Wenn es die höchsten Ziele eines Volkes gilt, dann darf man auch das höchste Spiel nicht scheuen, dann muß man auch bereit sein, den höchsten Einsatz dafür auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen (Beifall), auch der Einsatz von der anderen Seite ist manchesmal ein hohes Spiel gewesen. Wenn je eine Volksvertretung Rücksicht zu nehmen hat auf des Volkes Wohl, so ist es die preußische Volksvertretung; derselben steht das Steuerbewilligungsrecht nur in sehr beschränktem Maße zu, dieses beschränkte Maß aber muß sie mindestens festhalten. Die neue Aera ist nicht, wie ein Vorredner sagte, ausgegangen von der Krone. Das Volk erhebe Protest gegen Alles, was in dieser Beziehung geschenkt sein solle, es bedürfe der Gnade nicht. Wenn ein Volk sich ein Recht zu allen diesen Dingen errungen, so sei es das deutsche Volk, die Zusage seiner Fürsten, denen es in der höchsten Noth beigestanden, gebe ihm ein Recht. Eins der gegebenen Rechte solle auch im Hause gewahrt werden, und das Volk werde zu entscheiden haben, ob es nur aus Irrthum, oder im Bewußtsein seines Rechts, die Majorität seiner Vertreter hierher gesandt habe. Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Handelsminister übergiebt noch 2 Gesetzentwürfe, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Trier nach Calw und einer Eisenbahn von Pillau über Königsberg nach Lyck und werden dieselben den vereinigten Commissionen für Handel und Zölle und für Handel und Gewerbe überwiesen.

Politische Uebersicht.

Aus Berlin nichts Neues. Ein bestimmter Plan der Regierung auch in Bezug auf die inneren Verhältnisse ist noch nicht festgestellt. Alles was von Auflösung, Schluß des Landtags ꝛc. verlautet, ist nur Gerücht. Thatsache ist, daß auch in den letzten Tagen in entscheidenden Kreisen zwei verschiedene Richtungen sich geltend zu machen suchten.

Aus Wien schreibt man der „Kreuzztg.", daß man sich dort einem Bundesbeschluß, der den Herzog von Augustenburg anerkennt, nicht fügen werde. Sollte man darin auch mit Preußen einig sein?

Die „N. Fr. Z." erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Napoleon an verschiedene deutsche Fürsten Briefe erlassen hat, die den Ausdruck der freundschaftlichen Gesinnungen für die nationale Sache in Schleswig-Holstein enthalten.

Aus Paris wird der „Kreuzztg." geschrieben, es bestätige sich vollkommen, daß Drouyn de Lhuys dem englischen Botschafter erklärt habe, Frankreich könne sich an einer Conferenz für die deutsch-dänische Frage nur unter der Bedingung betheiligen, daß der deutsche Bund sich anheisch mache, den Beschluß der Conferenz als rechtskräftig anzuerkennen.

Das „Memorial diplomatique" vom 9. Januar meldet: England habe, für den Fall der Ablehnung der Conferenz, die Vermittlung Frankreichs, Rußlands und Schwedens, also der nichtdeutschen Unterzeichner des Londoner Vertrages, vorgeschlagen. Frankreich aber, die Unabhängigkeit Deutschlands achtend, lehne die Vermittelung, sowie die unter Theilnahme des deutschen Bundes abzuhaltende Conferenz ab.

Die englischen Ztg. sind Deutschland nach wie vor feindlich; aber man erkennt aus allen, daß sie eine Einmischung Englands nicht wünschen. Auch der bereits auszüglich telegraphirte Artikel der Times sagt, zwischen Sympathie und Einmischung sei ein großer Unterschied und man müsse die Folge jeder Handlung „wohl erwägen!"

Schleswig-Holstein.

Darmstadt, 6. Jan. Das hiesige Schleswig-Holstein-Comité hat beschlossen, den bereits nach Frankfurt a. M. abgesandten 7000 Fl. weitere 4000 nachfolgen zu lassen.

— Pfarrer Adolph Welcker zu Ilbeshausen im Vogelsberg hat unterm 19. December v. J. eine sehr kräftige Ansprache „An mein deutsches Volk" im Druck erscheinen lassen, die er allen deutschen Blättern als ein „Wort aus schlichtem Herzen eines Dorfpfarrers" zur Aufnahme empfiehlt. Die Ansprache schließt mit folgenden Worten: „Wenn jetzt nicht sieget Deutschlands Recht, dann, o Germania, verhülle dein Antlitz, flieh von dem geschändeten Boden, und schlage jedem Deutschen ins Gesicht, der dann noch spricht: ich bin ein Mann. O heil'ger Gott, gib meinem Worte Kraft! Wer jetzt kann seinem Deutschland untreu werden, der reißt sich los von Dir. Der deutsche Mann, der treulos in so ernster Stunde ist dem eigenen Vaterlande, der kann nicht treu sein dem Gott, der so tief in jedes echten Mannes Brust die heil'ge Gluth der Lieb zum Vaterland gepflanzet hat."

Deutschland.

Bielefeld, 8. Jan. An Bekleidungs-Gegenständen muß wohl kein großer Ueberfluß beim hiesigen Bataillon vorhanden sein. Es sind in diesen Tagen eine Anzahl von Handwerkern zur Dienstleistung einberufen, die niemals gedient haben, also zur Armee-Reserve gehören. Die armen Leute waren sehr bestürzt, weil sie nicht im entferntesten daran gedacht hatten, jemals zum Militär eingezogen werden zu können. Es wird dringend nothwendig, daß diese Einberufungen gesetzlich regulirt werden.

Aus Thüringen, 9. Jan. (Rh. Ztg.) Eine obrigkeitliche Collecte zum Besten der preußischen Soldaten macht in allen, besonders aber in den nicht preußischen Kreisen ein außerordentliches Aufsehen. Die Commentare, welche der nachstehende Hilferuf in den kleinen, für die Verpflegung ihrer Bundescontingente sehr vorsorglichen Staaten, am meisten aber in denen, welche mit Preußen in Militairconvention stehen, findet, müssen wir aus nahe liegenden Gründen weglassen. Das Actenstück möge allein sprechen. Es findet sich in einem Extrablatte des in Pößneck erscheinenden „Ziegenrücker Kreisblattes" und lautet:

„Unsere mobilen Truppen stehen jetzt in Lübeck und Umgegend, um erforderlichenfalls in Holstein einzurücken. Bei der jetzigen kalten Witterung leiden dieselben an Mangel warmer Bekleidungsstücke. Viele Soldaten haben keine wollenen Socken, sondern nur Lappen oder etwas Stroh in den Stiefeln, und sind in der Gefahr, die Füße zu erfrieren, andern fehlt es an sonstigen Schutzmitteln gegen die Kälte, namentlich an hinreichender Leibwäsche. Ich beabsichtige, dergleichen Verwahrungsgegenstände und auch Geld, um solche dort ankaufen zu lassen, zu sammeln und in möglichster Schnelligkeit an das preußische Militair-Commando zu schicken. Ich bitte alle diejenigen, welche Freunde unserer Soldaten sind, mir solche Bekleidungsstücke oder Geld zuzuschicken, ich werde sie eiligst befördern und in diesem Blatte darüber quittiren. Burg Ranis, den 1. Januar 1864. Der Königl. Landrath v Breitenbauch."

Frankreich.

Paris, 9. Januar. In den Kreisen des Faubourg St. Antoine ist man weit entfernt, mit der Haltung der gegenwärtigen Opposition, die man zu „farblos" findet, zufrieden zu sein. Von dieser Seite beabsichtigt man, bei den Pariser Ersatzwahlen Felix Pyat und Raspail als Candidaten aufzustellen. — Was Deutschland und Dänemark betrifft, so wird

ein Brief, den der Kaiser an Drouyn de Lhuys über die Stellung Frankreichs in dieser Sache geschrieben und den der Moniteur, wie es heißt, veröffentlichen wird, Licht in die Sache bringen. Doch versichert man schon jetzt von allen Seiten, daß die Ablehnung des englischen Conferenz-Vorschlages in höflichster Form zwar, aber doch erfolgt sei. — In Kiel, wo bisher nur ein französisches Consulat bestand, wird ein General-Consulat errichtet werden.

— Der „International" meldet, daß der Kaiser, jüngst zum Mitgliede der Akademie der Wissenschaften in Lissabon ernannt, diese Ehre huldreich angenommen habe.

— (Köln. Ztg.) Die Namen, welche die verhafteten Italiener angeben, scheinen keine angenommenen zu sein. Trabucco war einer der Tausend, die mit Garibaldi nach Sicilien gegangen. Er erklärt, er habe bei Aspromonte geschworen, Italien am Kaiser zu rächen. Sie erklären alle, daß sie keine Reue fühlen und daß die ihnen mißlungene That von Anderen versucht werden wird. „So lange der Kaiser in Rom bleibt, werden wir ihm keine Ruhe geben!" sagen sie alle.

Paris, 9. Januar. Das ganze Interesse der heutigen Sitzung lag in der Erklärung des Herrn Guéroult. Derselbe sagt, daß Herr Ollivier gestern keineswegs die Meinung der ganzen Opposition ausgedrückt habe. Die Entwaffnung wird, wie derselbe meint, keineswegs die kriegerischen Aussichten vermindern. Eine Sprache führen, wie die des Herrn Ollivier, hieße Frankreich entnerven, und diejenigen, die dazu anriethen, gehörten der doctrinairen Schule des Herrn Guizot an. Nach ihm ergriff Vuitry, Staatsraths-Vicepräsident, das Wort, um Herrn Berryer zu antworten. Seine Rede läßt sich in drei Worten zusammen: „Die kaiserliche Regierung hat den Reichthum und die Größe Frankreichs vermehrt." Das Gesetz wurde hierauf mit 232 gegen 14 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Javal, Herzog von Marmier, Pelletan, Hénon, J. Simon, Ollivier, Guéroult, J. Favre, Darimon, Lanjuinais, Havin, Glais-Bizoin, Magnin Picard. Montag beginnt die Discussion über die Adresse. Heute übergab die Opposition ihre Amendements zur Adresse. Es sind deren neun. Das erste betrifft die Wahlen und die officiellen Candidaten. In demselben wird gesagt, daß die zwei Millionen Stimmen, welche die Opposition erhalten, eine wohlüberlegte Demonstration zu Gunsten der Wiedererlangung der Freiheit sei. Ohne den Druck der Verwaltung würde sich ganz Frankreich der Abstimmung von Paris, Lyon, Marseille u. s. w. angeschlossen haben. Frankreich zweifle nicht an sich selbst, aber es wolle die nämlichen Rechte ausüben, wie die übrigen Nationen. Die Administrativ-Freiheiten, die man versprochen, hätten keinen Werth, wenn sie nicht dazu dienten, die politischen Freiheiten zu sichern, zu stärken. Die Wahlfreiheit, verkannt und verletzt durch die officiellen Candidaturen, sei die erste der Freiheiten. Das zweite Amendement verlangt die Abschaffung des Sicherheitsgesetzes, welches die individuelle Freiheit vernichte. Das dritte Amendement verlangt die Preßfreiheit. Das vierte Amendement betrifft die Vermehrung der Gewalten der Gemeindebehörden. Das vierte Amendement betrifft die Freiheit der Arbeit. Es wird darin ein besserer Unterricht für die arbeitenden Klassen und eine größere Ausdehnung des Associationsrechts für dieselben verlangt. Das fünfte Amendement ist zu Gunsten des unentgeltlichen Elementar-Unterrichts. Das sechste Amendement verlangt größere Freiheiten für die Colonien und Algerien. Das siebente Amendement betrifft Mexico. Es lautet: „Wir bedauern, daß die Regierung an der mexicanischen Expedition festhält. Wir können dieses uns ruinirende Unternehmen nicht gut heißen, und wir sind die Dolmetscher der öffentlichen Meinung, indem wir verlangen, daß ihr sofort ein Ziel gesetzt werde." Das achte Amendement behandelt Rom und lautet, wie folgt: „Wir bedauern, daß ungeachtet der von ihr gegebenen Versprechung die Regierung uns nicht von dem Stande der Unterhandlungen mit Rom Kenntniß gegeben hat. Was uns betrifft, so bestehen wir darauf, zu glauben, daß Rom den Römern gehört und daß unsere Occupation aufhören muß." Das neunte Amendement betrifft Polen. Der Wortlaut desselben ist folgender: „Angesichts des heroischen Kampfes, den Polen besteht, können wir uns nicht auf den Ausdruck einer leeren Sympathie für sein Recht als unabhängige Nation beschränken. Die Regierung, welche zuerst seine Bemühungen feierlichst verurtheilt hatte, hat sie später ermuthigt. Wir glauben, daß der Weg, den sie betreten, ohne Ausgang ist. Im Namen eines europäischen Interesses verlangen wir, daß sie, indem sie von Frankreich und England das Betreffs des Königs von Neapel gegebene Beispiel nachahmt, die diplomatischen Beziehungen mit einer Macht abbricht, welche die Verträge und die ewigen Regeln der Menschlichkeit mit Füßen tritt." Thiers hat nur seinen Namen unter das Amendement über das Sicherheitsgesetz gesetzt, und Berryer's Name figurirt unter keinem der Amendements.

— Aus Brüssel schreibt man der „Wien. Pr.": Man hat von einem bedeutenden Lebensversicherungs-Geschäfte gesprochen, welches die Kaiserin abgeschlossen habe. Alle diese Mittheilungen sind ungenau. Der Kaiser selbst hat das Geschäft mit dem „Gresham" in London gemacht, wobei er mit großer Freimüthigkeit über seine Chancen von Leben und Tod verhandelt haben soll. Er versicherte auf sein Leben die Summe von 5 Millionen Francs, welche spätestens (falls nicht früher der Todesfall eintritt, wo die Zahlung sofort zu leisten ist) nach 10 Jahren, am 1. Januar 1874, gleichviel, ob er bis dahin noch lebe oder inzwischen eines natürlichen oder gewaltsamen Todes gestorben sei, zu gleichen Theilen an die Kaiserin und an seinen Sohn auszubezahlen sind. Als Prämie bezahlt der Kaiser jährl. 400,000 Frcs. Seine Civilliste kann diese neue Belastung sehr wohl tragen. Mit einer Jahreseinnahme von 36 Millionen und den Erträgnissen des Waldes von Rambouillet ist der Kaiser einer der reichsten Fürsten in Europa. Louis Philipp bezog nur 12 Millionen, aus welchen auch noch die Instandhaltung der Tuilerien, des Palais Royal und der übrigen Kronschlösser bestritten werden mußte; diese letztere Ausgabe hat unter dem Kaiserthum der Staat zu tragen, der außerdem noch die Mitglieder der kaiserlichen Familie mit 1½ Million apanagirt. Unter diesen Umständen ist die Freigebigkeit des Kaisers, so groß sie auch ist, noch immer keine Verschwendung, wenn er auch in diesem Jahre nicht bloß unter dem Hofstaate, sondern auch unter den Ministern die reichsten und glänzendsten Neujahrsgeschenke vertheilt hat. Kein Minister ging leer aus, am meisten begünstigt aber ward Rouher. Er erhielt Juwelen im Werthe eines Vermögens.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 3¼ Uhr Nachmittags.

Berlin, 12. Jan. Abgeordnetenhaus. Abg. v. Rönne erneuert seinen Antrag auf Aufhebung der russischen Cartellconvention. — Darauf Militair-Etat. — Das Haus nimmt mit großer Majorität den Commissionsantrag an, daß alle Beamte des Kriegsministeriums auf die Verfassung vereidigt würden.

Danzig, den 12. Januar.

* Generalmajor v. Böhn ist zum Commandanten von Stettin ernannt; Frhr. v. Barnekow, Oberst und Commandeur des 6. rhein. Inf.-Reg. Nr. 68, zum Commandeur der 3. Infanterie-Brigade ... Commandeur des See-Bataillons, zum Commandeur des 6. rhein. Inf.-Reg. Nr. 68; v. Bismarck, Major vom 3. pomm. Inf.-Reg. Nr. 14, zum Commandeur des See-Bataillons; v. Ostrowski, Hauptmann im 3. ostpr. Gren.-Reg. Nr. 4, wird, unter Beförderung zum Major, in das 4. niederschl. Inf.-Reg. Nr. 51 versetzt; Frhr. v. Buddenbrock, Prem.-Lieut. vom 4. ostpr. Gren.-Reg. Nr. 5, wird mit einem Patent vom 19. Sept. 1860 E. e. 1 in das 2. Magd. Inf.-Reg. Nr. 27 versetzt.

* Gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr wurde das hiesige Garde-Bataillon in 2 Extrazügen an seinen neuen Garnisons-Ort befördert. Heute rückten die in der Umgegend einquartierten Mannschaften des 5. Regiments hier ein.

♂ **Elbing**, 11. Januar. So eben durchläuft unsere Stadt die Trauerkunde, daß der Veteran unserer freisinnigen Bürgerschaft, der ehrwürdige Jacob Riesen, uns durch den Tod entrissen ist. In seinem langen Lebenslaufe, er ist fast 78 Jahre alt geworden, hat er Schweres erduldet. Schon im Jahre 1817, nach vierjähriger Ehe, wurde ihm seine Frau entrissen; sie ist sein letztes Wort gewesen, ehe er die Augen schloß. Sein Schwiegersohn, der treffliche Julius Born, und sein Sohn, der ihm ebenbürtige Hermann Riesen, sind vor ihm in das Grab gesunken. Seit fast drei Jahren war er beinahe gänzlich erblindet. Gestern vor acht Tagen traf ihn ein Schlaganfall, der seine linke Seite lähmte und ihn auf das Sterbelager warf. Aber in allen Leiden ist er immerdar der starke, eisenfeste Mann geblieben, als den unsere Stadt und unsere Provinz ihn so lange Jahre gekannt haben.

Der Name Jacob Riesen ist auch in weiteren Kreisen unseres Vaterlandes bekannt und geehrt. Man weiß, daß er schon vor dreißig Jahren auf unserem Provinziallandtage zuerst von allen Ständemitgliedern des Landes auf die endliche Einführung der schon am 22. Mai 1815 verheißenen „Reichsstände" drang. Man weiß, daß er es war, der i. J. 1837 den damaligen Minister v. Rochow veranlaßte, das Wort auszusprechen, das mehr als irgend ein anderes den Hochmuth der sich allein für regierungsfähig haltenden Kaste bezeichnete, nämlich das Wort von dem „beschränkten Unterthanenverstande." Man weiß endlich, daß die Moralität der im vorigen Jahrzehend uns beherrschenden Reaction sich selbst den Stempel auf die Stirn drückte, als sie einen Mann von solcher Reinheit des Charakters darum als einen „bescholtenen" zu brandmarken wagte, weil er ein Blatt drucken ließ, das eben diese Reaction mit dem Muthe der besseren Einsicht und des guten Gewissens bekämpfte. Was der Mann aber unserer Stadt gewesen ist, das kann Niemand so wissen, wie wir, die täglich die unverdrossene Pflichttreue vor Augen gehabt haben, mit welcher er allen Angelegenheiten des Gemeinwesens seine Kraft und seine Thätigkeit widmete. Seine politische Richtung, seine eifrige Thätigkeit für die freie Entwickelung unseres Staatswesens sind allgemein bekannt. Wir aber kennen den festen Grund, auf welchem diese Thätigkeit beruhte, und durch den sie in demjenigen Kreise wirkte, auf den er selbst mit derjenigen Bescheidenheit sie beschränkte, die zugleich ein und dasselbe mit dem Stolze des selbstbewußten Mannes ist. Er verwaltete sein Hauswesen mit gewissenhaftester und umsichtigster Treue, und eben weil es eine umsichtige Treue war, so erkannte er auch, daß der nicht gut seinem Hause vorsteht, der um die gemeinsamen Angelegenheiten der Bürgerschaft sich nicht bekümmert, und daß ferner eine freie und fruchtbare Selbstverwaltung des Gemeinwesens nicht möglich ist, wenn die Gemeindebürger nicht auch die Rechte, damit aber auch die Pflichten des Staatsbürgers in ihrem vollen Umfange in Anspruch nehmen. In einer Zeit, in der die weit überwiegende Mehrzahl derer, die Bürger des Staates hätten sein sollen, doch nur aus bloßen Privatpersonen bestand, war er ein Staatsbürger im besten Sinne des Wortes. Wohl giebt es heutigen Tages eine viel größere Anzahl von Männern, die ihre staatsbürgerlichen Pflichten erkennen und üben, als in den ersten Jahrzehnten, die auf die Freiheitskriege folgten. Aber, daß es genug Männer gäbe, die in die Fußstapfen des alten Riesen getreten sind, können wir leider nicht sagen. Sein Name wird auch von unsern Enkeln noch mit Ehrfurcht genannt werden.

* Zu Bank-Rendanten der Kgl. Preußischen Bank sind ernannt: Der Buchhalter Gnade, 1. Vorstands-Beamter der Bankcommandite zu Thorn; der Buchhalterei-Assistent Bückling, 1. Vorstands-Beamter der Bankcommandite zu Elbing; und der Buchhalterei-Assistent Lehrs, 2. Vorstands-Beamter des Bank-Comtoirs zu Danzig; zum Bank-Cassirer der Buchhalterei-Assistent Schmidt I., 2. Vorstands-Beamter der Bank-Commandite zu Elbing.

— (B.- u. H.-Z.) Die preußische Regierung hat dem schwedisch-norwegischen Consul in Pillau wegen seines politischen Verhaltens das Exequatur entzogen.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 12. Januar 1864. Aufgegeben 2 Uhr 2 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr — Min.

	Letzt.Crs.			Letzt. Crs.	
Roggen matt,			Preuß. Rentenbr.	96½	96½
loco	36½	36½	3½% Westpr. Pfdbr.	84	84
Januar/Februar	35¼	35½	4% do. do.	93¼	—
Frühjahr . .	35¾	36	Danziger Privatbk.	—	96¾
Spiritus Jan. .	14 7/24	14⅓	Ostpr. Pfandbriefe	84½	84½
Rüböl do. .	11⅛	11 5/24	Oestr. Credit-Actien	75½	75¼
Staatsschuldscheine	88	88	Nationale	66½	65¼
4½% 56er. Anleihe	100	100	Russ. Banknoten . .	86¾	86
5% 59er. Pr.-Anl.	105	105	Wechselc. London	6. 18⅛	—

Hamburg, 11. Januar. Getreidemarkt ruhig, unverändert. Loco-Weizen, Lieferung bei offener Schifffahrt, fest. — Oel mat, Mai 24⅝, October 24¾. — Kaffee, Stimmung bleibt günstig; verkauft loco 1500 Sack Maracaibo, 1000 Sack Santos, 500 Sack Domingo, 1000 Sack Diverse. — Zink, verkauft 500 Ctr. loco 12⅝, schwimmend 1000 Ctr. 12 7/16, 1000 Ctr. 12 5/16, 2000 Ctr. 12⅜, 5000 Ctr. Frühjahr 12⅜.

Amsterdam, 11. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen unverändert, stille. — Roggen, Termine 2 fl. niedriger, sonst unverändert, stille. — Raps April 70, October 70. — Rüböl Mai 39⅝, Herbst 40.

London, 11. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Getreide ruhig; Hafer einen halben Schilling billiger. — Wetter trübe.

London, 11. Januar. Türkische Consols 46⅞. Consols 91. 1% Spanier 46¼. Mexikaner 36⅛. 5% Russen 92. Neue Russen 88¼. Sardinier 85.

Liverpool, 11. Januar. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz. Preise gegen vergangenen Sonnabend unverändert.

Paris, 11. Januar. 3% Rente 66, 80. Italienische 5% Rente 69, 40. Italienische neueste Anleihe —. 3% Spanier —. 1% Spanier 46¼. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 400, 00. Credit mob.-Actien 1030, 00. Lombr. Eisenbahn-Actien 522, 50.

Danzig, den 12. Januar. Bahnpreise.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 127—130/2℔ 68/70/72½ Sgr.; dunkelbunt 125—130/2℔ nach Qualität 56½/57½—60/62½ Sgr., Alles pr. 85℔ Zollgewicht.
Roggen 120/2—126/8/9 ℔ von 36½/37—37½/38/38½ Sgr. pr. 125 ℔.
Erbsen von 38/39—41/42½ Sgr.
Gerste frische kleine 106/108—110/112℔ von 30/31—32/33 Sgr., große 110/112—114/118 ℔ von 31/32—33/35 Sgr.
Hafer von 21—23/24 Sgr.
Spiritus 12¾ bis 12⅝ Rth. pr. 8000 %.

Getreide-Börse. Wetter: trübe. Wind: W.
Die Stimmung für Weizen bleibt matt, nur feine Qualität bedingt letzte Preise, Mittel- und abfallende Gattungen mußten heute billiger erlassen werden, und 50 Last Weizen wurden verkauft. Die Zufuhr bleibt schwach. Bezahlt für 127/8℔ roth und sehr blauspitzig fl. 315, 124/5℔ roth fl. 345, 127℔ stark bezogen fl. 345, 126℔ bunt fl. 363, 129℔ hellfarbig fl. 400, 133℔ gut bunt fl. 412½, 133℔ hochbunt fl. 425, fl. 430, 134℔ fein hochbunt fl. 435. Alles pr. 85℔. — Roggen 125℔ fl. 225, 127℔ fl. 228 pr. 125℔. — Wicken fl. 210. — Spiritus in kleinen Partien zu 12¾ Rth. gekauft, größere mit 12⅝ Rth. bezahlt.

Königsberg, 11. Jan. (K. H. Z.) Wind: Nord. — 2. Weizen behauptet, hochbunter 125—128℔ 60—63 Sgr., bunter 120—121—125℔ 52—57½ Sgr., rother 126—127—129—130℔ 57—60½ Sgr. bez. — Roggen fest, loco 118—119—121—127℔ 35½—36½—38½ Sgr. bez., Termine unverändert, 80℔ pr. Frühjahr 40 Sgr. Br., 38½ Sgr. Gd., 120℔ pr. Mai-Juni 39½ Sgr. Br., 38½ Sgr. Gd. — Gerste gut zu lassen, große 112—113℔ 27—32 Sgr., kleine 106℔ 29½ Sgr. bez. — Hafer flau, loco 82—83℔ 24 Sgr. bez., 50℔ pr. Frühj. 23 Sgr. Br., 21½ Sgr. Gd. — Erbsen fest, weiße Koch- 40—43 Sgr., Futter- 38 Sgr., graue 35—38 Sgr., grüne 36—39 Sgr. bez. — Bohnen 43—47 Sgr. bez. — Wicken 30—35 Sgr. bez. — Leinsaat unverändert flau, feine 108—112℔ 70—85 Sgr., mittel 104—112℔ 50—70 Sgr. Br. — Timotheum 4—6½ Rth. pr. Ctr. Br. — Leinöl 13⅜ Rth. — Rüböl 11⅜ Rth. pr. Ctr. Br. — Leinkuchen 58—60 Sgr. pr. Ctr. Br. — Rübkuchen 56 Sgr. pr. Ctr. Br. — Spiritus. Loco Verkäufer 13⅛ Rth., Käufer 13 Rth. ohne Faß; loco Verkäufer 14½ Rth., Käufer 14⅙ Rth. incl. Faß; pr. Januar Verkäufer 13⅓ Rth., Käufer 13 Rth. ohne Faß; pr. Frühj. Verkäufer 15⅔ Rth., Käufer 15⅙ Rth. incl. Faß pr. 8000 pCt. Tralles.

Stettin, 11. Januar. (Ostf. Ztg.) Weizen wenig verändert, loco pr. 85℔ gelber 52—55 Rth. bez., weiß. 56 Rth. bez., ganz ord. Galiz. 44 Rth. bez., 83/85℔ gelber Januar-Febr. 55 Rth. Br., pr. Frühjahr 56¼ Rth. bez. u. Br., ¼ Rth. Gd., Mai-Juni 57¼ Rth. Gd., ½ Rth. bez. — Roggen wenig verändert, pr. 2000℔ loco 34—34¼ Rth. bez., Jan.-Febr. 34 Rth. Gd., Febr.-März 34¼ Rth. bez., Frühj. 35½, ⅜, ½ Rth. bez., Mai-Juni 36 Rth. Br. u. Gd. — Gerste loco pr. 70℔ Märk. 30—30½ Rth. bez. — Hafer loco pr. 50℔ 22¾ Rth. bez., pr. Frühj. 47/50℔ 23¾ Rth. Gd. — Erbsen, Koch-, loco 37 Rth. bez., succ. Lieferung 37½ Rth. Br., 37 Rth. Gd. — Rüböl fester, loco 11 Rth. bez. u. Br., Jan.-Febr. 11 Rth. Br., April-Mai 11 11/12 Rth. Br. u. Gd., Sept.-Oct. 11¼ Rth. Br. — Spiritus unverändert, loco ohne Faß 13⅝ Rth. bez., Jan.-Febr. 13 11/12 Rth. Gd., Febr.-März 14⅙ Rth. Br., 1/12 Rth. bez. u. Gd., succ. Lief. 14 1/12 Rth. bez., Frühjahr 14⅚ Rth. Br., 5/12 Rth. Gd., Mai-Juni 14¾ Rth. Br. u. Gd. — Leinöl loco incl. Faß 13⅛ Rth. Br., pr. April-Mai 12½ Rth. Br., 12 5/12 Rth. Gd. — Baumöl, Malaga 17⅔ Rth. gef., 17 7/12 Rth. Gd. — Schott. Thran 23½ Rth. transf. bez. — Harz, franz. 9⅙—9½ Rth. gef. — Banca-Zinn 43—43½ Rth. gef.

Berlin, 11. Januar. Wind: OSO. Barometer: 28⁶. Thermometer: früh 3° —. Witterung: bedeckter Himmel. Weizen pr. 2100 Pfund loco 50—58 Rth. nach Qualität, exquisit weiß. poln. 57½ Rth. ab Bahn bez. — Roggen pr. 2000 Pfund loco exquisit neuer 35¾—37 Rth. ab Bahn bez., neuer 36⅜—36½ Rth. ab Bahn bez., Jan. 35½ Rth. bez. u. Br., 35⅜ Rth. Gd., Jan.-Febr. do., Febr.-März do., Frühj. 36⅛—36 Rth. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 36¾ Rth. bez., Juni-Juli 38—37¾ Rth. bez. u. Gd., 37⅞ Rth. Br., Juli 37⅞ Rth. bez. — Gerste pr. 1750 Pfund große 30—34 Rth., kleine do. — Hafer pr. 1200 Pfund loco 22—23 Rth. nach Qualität, pomm. 22¼ Rth. ab Bahn bez., fein. do 22¾ Rth. do., Jan. 22 Rth. nominell, Jan.-Febr. do., Frühj. 23⅛ Rth. bez., Mai-Juni 23⅜ Rth. bez., Juni-Juli 23¾ Rth. Br., Juli-August 24 Rth. Br., Aug.-Septbr. 24¼ Rth. bez. — Erbsen pr. 2250 Pfund Kochwaare 37—48 Rth., Futterwaare 37¾ Rth. ab Bahn bez. — Winterraps 83—85 Rth. — Winterrübsen 82—83 Rth. — Rüböl pr. 100 Pfund ohne Faß loco flüssiges 11 5/12—11⅓ Rth. bez., gefrorenes 11¼ Rth. Br., Jan. 11 5/24—11⅙ Rth. bez., Br. u. Gd., Jan.-Febr. 11¼ Rth. Br., 11⅙ Rth. Gd., Febr.-März 11¼ Rth. Br., April-Mai 11 7/24—11¼ Rth. bez., Br. u. Gd., Mai-Juni 11 5/12—11⅓ Rth. bez. u. Gd., 11⅜ Rth. Br., Septbr.-Oct. 11 7/12—11 13/24 Rth. bez. — Leinöl pr. 100 Pfund ohne Faß loco 13⅔ Rth. Br. — Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 14⅛—14 7/24 Rth. bez., Jan. 14⅜—14⅓ Rth. bez., Br. u. Gd., Jan.-Febr. do., Febr.-März 14 5/12 Rth. bez., Br. u. Gd., April-Mai 14⅞—14 19/24 Rth. bez. u. Gd., 14⅚ Rth. Br., Mai-Juni 15⅛—15 1/24 Rth. bez. u. Gd., 15 1/12 Rth. Br., Juni-Juli 15 5/12 Rth. bez. u. Gd., 15⅓ Rth. Br., Juli-Aug. 15 19/24 Rth. bez., 15⅚ Rth. Br., 15¾ Rth. Gd., Aug.-Sept. 16 Rth. bez. — Mehl. Wir notiren: Weizenmehl Nr. 0. 3⅝—3 7/12 Rth., Nr. 0. und 1. 3 7/12—3¼ Rth. — Roggenmehl Nr. 0. 3—2⅞ Rth. Nr. 0. und 1. 2 7/12—2¼ Rth. pr. Ctr. unversteuert.

Schiffs-Nachrichten.

* Laut heute hier eingegangenem Telegramm aus Dublin ist die hiesige Bark „Calypso", Capt. Hundt, gestern früh dort glücklich angekommen.

Neufahrwasser, den 11. Januar.

Gesegelt: C. F. Hansen, Anna, Granton; F. Sörensen, Iris, Norwegen; A. Schreiber, Albatros, Norwegen; R. Soulsby, Albion (SD.), Liverpool; sämmtlich mit Getreide. — J. Curtis, St. Petersburg, London, Getreide und Fleisch. — G. Schepke, Alice u. Max, Sunderland, Holz. — N. J. Möller, Enigheden, Rügenwalde, Ballast. — G. M. Lever, Hilechine Boß, Gent, Flachs.

Den 12. Januar. Wind West.

Gesegelt: Schores, Czarina (SD.); W. Silverwood, Pacific (SD.); beide nach Hull mit Getreide.

Angekommen: R. Domke, Ida (SD.), London, Güter.

Nichts in Sicht.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Decbr.	Stund.	Barom. Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
11	4	344,41	— 1,6	SW. schwach, [illegible]

Berliner Fondsbörse vom 11. Januar.

Eisenbahn-Actien.

Dividende pro 1863.		Zf.	
Aachen-Düsseldorf		3½	92 G
Aachen-Mastricht	—	4	28 G
Amsterdam-Rotterd.	6	4	102½ bz
Bergisch-Märk. A.	6½	4	105½ bz
Berlin-Anhalt	8½	4	149 G
Berlin-Hamburg	6½	4	120 bz
Berlin-Potsd.-Mgdb.	14	4	179½ bz
Berlin-Stettin	7⅝	4	127½ bz
Böhm. Westbahn	—	5	64¾ bz
Bresl.-Schw.-Freib.	8	4	125 bz
Brieg-Neiße	4⅛	4	81¼ G
Cöln-Minden	12⅕	3½	68 bz u G
Cosel-Oderb. (Wilhb.)	½	4	50 bz
do. Stamm-Pr	4½	4½	— —
do. do.	5	5	— —
Ludwigsh.-Berbach	9	4	136 G
Magdeb.-Halberstadt	25½	4	277 bz
Magdeburg-Leipzig	17	4	— —
Magdeb.-Wittenb.	1 5/24	4	66 bz
Mainz-Ludwigshafen	7½	4	120 bz u G
Mecklenburger	2½	4	60⅞—61¼ bz
Münster-Hammer	—	4	95¼ G
Niederschl.-Märk.	—	4	94¾ bz
Niederschl. Zweigbahn	2¼	4	60 B

Dividende pro 1863.		Zf.	
Nordb., Friedr.-Wilh.	—	4	55¾—56 bz
Oberschl. Litt. A. u. C.	10⅘	3½	145½ bz
" Litt. B.	10⅘	3½	133½ B
Oester.-Frz.-Staatsb.	5	5	105 bz
Oppeln-Tarnowitz	2¼	4	55¼ bz
Rheinische	6	4	94⅝—⅞ bz
do. St.-Prior.	—	4	103½ G
Rhein-Nahebahn	—	4	24¾ bz
Rhr.-Cref.-K.-Gladb.	4½	3½	94½ G
Russ. Eisenbahnen	—	5	106 G
Stargard-Posen	6	3½	98½ bz
Oesterr. Südbahn	8½	5	137—½ bz
Thür.	7½	4	119½ bz

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1862.		Zf.	
Preuß. Bank-Antheile	6 1/10	4½	121 G
Berl. Kassen-Verein	5⅘	4	114 B
Pom. R. Privatbank	5¼	4	89 B
Danzig	6	4	96½ G
Königsberg	5½	4	99¼ G
Posen	5½	4	92 bz
Magdeburg	4 1/10	4	90 et bz
Disc.-Comm.-Antheil	7½	4	93¾ bz u G
Berliner Handels-Ges.	9	4	102½ G
Oesterreich	8½	4	74½—75½ bz

Preußische Fonds.

Freiwillige Anl.	4½	100 bz
Staatsanl. 1859	5	104¾ bz
Staatsanl. 50/52	4	94½ bz
54, 55, 57	4½	100 bz
do. 1859	4½	100 bz
do. 1856	4½	100 bz
do. 1853	4	94¾ G
Staats-Schulds	3½	88 bz
Staats-Pr.-Anl.	3½	120 bz
Kur- u. N. Schld.	3½	88 G
Berl. Stadt-Obl.	4½	101 G
do. do.	3½	87½ G
Börsenh.-Anl.	5	103½ G
Kur- u. N. Pfdbr.	3½	88½ bz
do. neue	4	99 bz
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	84¾ B
do.	4	93¾ bz
Pommersche	3½	87¾ bz
do.	4	98¾ bz
Posensche	4	102½ B
do. neue	3½	— —
do. do.	4	93½ bz
Schlesische	3½	92 G
Westpreuß.	3½	84 bz
do.	4	93¾ bz
do. neue	4	92⅞ B

Kur- u. N.-Rentbr.	4	96⅞ bz
Pommer. Rentbr.	4	96½ bz
Posensche	4	94 G
Preußische Rentbr.	4	96½ bz
Schlesische	4	98 B

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	60½ B
do. Nat.-Anl.	5	66¼ bz
Neueste Oest. Anl.	5	77¼—77½ bz
Oesterr. Pr.-Obl.	4	74 G
do. Eisb.-Loose	—	76 bz u G
Insk. b. Stg. 5. A.	5	80½ B
do. do. 6. Anl.	5	91¼ B
Russ.-engl. Anl.	5	88½ bz
do. do.	3	55 B
do. do.	4½	— —
do. do. 1862	5	87 bz u G
Russ. Pln. Sch.-O.	4	71 bz
Cert. L. A. 300 Fl.	—	90 B
do. L. B. 200 Fl.	4	— —
Pfdbr. n. in S.-R.	4	80 bz
Part.-Obl. 500 Fl.	—	86½ et bz
Hamb. St. Pr.-A.	—	— —
Kurhess. 40 Thlr.	—	53¼ G
N. Badens. 35 Fl.	—	30½ G
Dessauer Pr.-A.	3½	100 G
Schwd. 10 Thl.-L.		— —

Wechsel-Cours vom 9 Jan.

Amsterdam kurz	4	141½ bz
do. 2 Mon.	4	140¾ bz
Hamburg kurz	5½	151½ bz
do. 2 Mon.	5½	150½ bz
London 3 Mon.	6	6 18⅛ bz
Paris 2 Mon.	5	78 11/12 bz
Wien Oester. W. 8 T.	5	82¾ bz
do. do. 2 M.	5	82 bz
Augsburg 2 Mon.	5	56 20 bz
Leipzig 8 Tage	5½	99¾ G
do. 2 Mon.	5½	99½ G
Frankfurt a. M. 2 M.	4½	56 20 bz
Petersburg 3 Woch.	6	95½ bz
do. 3 Mon.	6	93⅝ bz
Warschau 8 Tage	5½	85¾ bz
Bremen 8 Tage	5½	109¾ bz

Gold- und Papiergeld.

Fr. Bkn. m. R. 99⅞ bz	Louisd'or 110½ bz
" ohne R. 99 7/12 bz	Sovrgs. 6.20¼ bz
Oest.-östr. W. 83⅞ B	Goldkron. 9.6 G
Pol. Bkn. 85⅞ G	Gold (p. Z) 458½ G
Dollars 1 11¼ G	Silber 29 26 G
Napo. 5 9½ G	

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.